Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 118 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 5000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Montag, den 18. Juni 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 100.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 250.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 200.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Franzosen haben über das mittlere Ruhrgebiet eine vollständige Verkehrssperre verhängt.

* Das belgische Kabinett ist zurückgetreten. Theunis wurde erneut mit der Regierungsbildung beauftragt.

* Wegen einer Bahnsprengung auf dem Bahnhof Windschläg haben die Franzosen schwere Sanktionen angeordnet.

* Poincaré beantwortete die Fragen Lord Curzons mit einer Reihe von Forderungen über die Aufgabe des passiven Widerstandes.

* Der frühere bulgarische Ministerpräsident Stambulinski soll von den Regierungstruppen gefangen worden sein.

Mark — keine Mark!

Auf jeder Reichsbanknote steht auch heute noch, daß „die Reichsbank dem Einlieferer der Note den entsprechenden Betrag zahle". Man liest das meist gar nicht, und wenn man es liest, weiß man nicht, was es heißen soll. Denn wer das Experiment unternähme und die Zehntausendmarknote der Reichsbank überreichte, würde vielleicht dafür zehn Tausendmarkscheine erhalten oder Papiergeld in anderer Form. Aber Papiergeld, während in entschwundenen Zeiten nur vollwertiges Goldgeld in Betracht kam.

Denn seit dem 4. August 1914 ist jenes Versprechen der Reichsbank, das man auf den Noten lesen konnte und in dem die Auszahlung der Note in Gold versprochen wurde, durch Bundesratsverordnung aufgehoben worden, der Zwang, in Gold zu bezahlen, wurde beseitigt. Allmählich begann dann die Papierwährung ihre rotierende Bewegung, die schließlich zum alles Gold verschlingenden und dafür Papiergeld ausspeienden Strudel wurde. Aber noch immer gilt jene Verordnung, und man geht jetzt allmählich daran, die furchtbar verhängnisvollen Wirkungen, die sie ausgelöst hat und von denen man damals nichts ahnte, so gut es geht, zu beseitigen.

Der Ausschuß des Reichsrats hat nämlich jetzt einem Gesetzentwurf über wertbeständige Hypotheken zugestimmt, der praktisch eine Durchbrechung der Papierwährung, und zwar eine formalgesetzliche, also ganz offizielle, bedeutet. Nach dem Entwurf können nämlich Hypotheken auch zugelassen werden in Steinkohle, Roggen, Weizen und anderen Wertmessern, deren Auswahl den Parteien überlassen wird. Die Landesregierungen dürfen bestimmen, daß bestimmte, an sich sonst zulässige Wertmesser nicht gewählt werden dürfen. Und das Gesetz soll gelten nicht nur für Hypothekenbanken, sondern auch für die Beleihung der Grundstücke durch Privatleute.

Damit ist eine Materie angeschnitten, ein Teil von ihr für die Zukunft einer Regelung unterworfen worden, die bisher zu den phantastischsten Ungerechtigkeiten geführt hat. Der Grundsatz, Mark ist Mark, mußte ja einmal angegriffen werden, andere Anpassungen gesetzlicher Bestimmungen der Vorkriegszeit an die Währungsentwicklung der Nachkriegszeit werden folgen müssen. Gerade auf dem Gebiete des Hypothekenwesens. Der Ruin eines sehr großen Teiles unseres Mittelstandes hat seinen Grund darin, daß bisher nichts geschehen, Mark immer noch gleich Mark gilt und die 100 000-Goldmarkhypothek der Vorkriegszeit jetzt mit 100 000 Papiermark gleich 4,20 Mark zurückgezahlt wird. Es sind schon mannigfache Vorschläge hierüber gemacht worden, so beispielsweise, daß die Goldhypothek, die doch vor dem Krieg einen genau bestimmten Teil des Grundstückswertes darstellt, jetzt einen entsprechenden Teil dieses Wertes, in Papiermark ausgedrückt, ist und in dieser Höhe ausgezahlt werden soll. Vor ganz kurzer Zeit erst hat ein Oberlandesgericht in Südwestdeutschland zum erstenmal ausgesprochen, daß es neben dem Warenwucher auch einen Schuldnerwucher gebe, der Golddarlehen mit unterwertigem Papier zurückzahle. Die Entscheidung wurde stark angefochten, da sie von dem bisher streng festgehaltenen juristischen Recht abweiche, scheint sich aber vielleicht doch als richtunggebend durchzusetzen.

Übrigens ist dem Auslande gegenüber der Grundsatz: „Mark ist Mark" schon einmal durchbrochen worden. Das geschah in der Frage der sogenannten Schweizer Hypothekengläubiger. Zahlreiche deutsche Haus- und Grundbesitzer des Südwestens hatten in der Vorkriegszeit von schweizerischen Hypothekenbanken Beleihungsgelder erhalten und wurden 1920 durch ein Reichsgesetz — außenpolitische Gründe spielten bei dessen Abfassung die Hauptrolle — gezwungen, nicht Mark für Mark, Papiermark für Goldmark, zurückzuzahlen, sondern ein Vielfaches davon, was bei den Hausbesitzern geradezu unsinnig war, weil wir damals noch schärfste Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hatten. Eine ganze Reihe von den Besitzern mußte Bankerott anmelden. Was aber den Ausländern gegenüber recht sein soll, muß den Inländern gegenüber billig sein.

Doch diese ganze Materie ist viel weitergreifend. Auf dem deutschen Reiche lasten auch „Hypotheken", die einst in gutem Gold gezahlt wurden. Das sind die Kriegsanleihen. Mit Stolz hat man während des Krieges darauf hingewiesen, daß gerade die mittleren und kleineren Zeichnungen sehr erhebliche waren. Es ist ja vielfach eine steuerliche Entlastung, in mancher Beziehung eine Bevorzugung dieser Anleihepapiere eingeführt worden; bisweilen galten sie bei Bezahlungen als bar Geld in Höhe des Nominalbetrages. Aber jetzt ist das alles längst vorbei. Man muß jedoch daran erinnern, daß das Reich im nächsten Jahre damit beginnen muß, diese „Hypotheken" — es mögen sich von den zehn Anleihen wohl noch etwa 60 Milliarden in den Händen dieser kleinen und mittleren Besitzer befinden — zu Nennwert zurückzuzahlen. Das wäre für 100 Mark — ¾ Pfennig.

Mit den erwähnten gerichtlichen Entscheidungen ist also die ganze, unser Wirtschaftsleben in weiten Kreisen durchdringende und für sie außerordentlich wichtige Frage in Fluß gekommen. Nach unserem Empfinden reichlich spät. Denn viele, viele haben ihr Hab und Gut verloren und zwar gerade solche, die für den Staat außerordentlich wertvoll sind. Voraussetzung dabei ist freilich eine Operation auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft. In der Landwirtschaft, wo ihre Beseitigung erfolgt ist, steht jedenfalls einer vernünftigen Regelung des Hypothekenwesens nichts mehr im Wege, auch hinsichtlich der Vergangenheit.

Das ganze Währungsproblem ist in ununterbrochenem Fluß und die Wertbeständigkeit die Hauptfrage des Tages. Aufgabe des Staates aber ist es, sozial ausgleichend zu wirken. Denn wir betonen jetzt vielleicht allzu sehr den Begriff des Rechtsstaates; schöner und wichtiger aber noch ist seine Aufgabe, den Schwachen zu helfen, die unverschuldet unter die Räder eines unerträglichen Schicksals kamen. Und geschieht es auf Kosten jener, die durch dieses Rad ebenso unverschuldet in die Höhe kamen, so erfüllt der Staat nur eine Pflicht der Gerechtigkeit, einen Ausgleich herzustellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Devisenkäufe der Eisenbahn.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über den Zusammenbruch der Markstützungsaktion erörterte die Frage der Devisenbeschaffung der Eisenbahn für Kohlen und andere ausländische Waren. In früheren Sitzungen des Ausschusses war mitgeteilt worden, daß die Devisenkäufe der Eisenbahn auf dem freien Markt wesentlich zum Zusammenbruch der Markstützungsaktion beigetragen hätten. Die Verhandlungen des Ausschusses ergaben, daß der Devisenbedarf der Eisenbahn sich in verhältnismäßig niedrigen Grenzen gehalten hat, daß die Reichsbahn nicht den geringsten Versuch gemacht hat, sich am freien Markt Devisen zu beschaffen, und daß die Schwierigkeiten der Beschaffung von Devisen für die Eisenbahn durch die Devisenbeschaffungsstelle erst nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion in der ersten Hälfte des Mai entstanden und bekannt geworden sind. Eine Schuld der Eisenbahn am Marksturz liege nicht vor.

Keine Erhöhung der Warenumsatzsteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages verabschiedete das Landessteuergesetz. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erklärte, daß höhere Zuschüsse an Länder und Gemeinden nur zu vertreten seien, wenn höhere Einnahmen erreicht würden; darum sei entscheidende Bedeutung auf die Erhöhung der Warenumsatzsteuer von 2 auf 2,5 % zu legen. Die Parteien erklärten, daß dafür keine Aussicht vorhanden sei. Infolgedessen blieb die Warenumsatzsteuer in der bisherigen Höhe von 2 % bestehen. Nach den weiteren Ausschußbeschlüssen ist die Beteiligung der Gemeinden an der Warenumsatzsteuer von 5 auf 15 % erhöht worden, die Länder erhalten 10 %.

Ermäßigung der Inseratensteuer.

Mit einer Petition des Vereins deutscher Zeitungsverleger um Ermäßigung der Inseratensteuer beschäftigte sich der Steuerausschuß des Reichstages. Der Ausschuß beschloß: „Die Steuer für die Übernahme von Anzeigen ermäßigt sich bei Zeitungen und Zeitschriften von den ersten zehn Millionen Mark des innerhalb eines Kalendervierteljahres vereinnahmten Entgelts auf ½ %, von den nächsten zehn Millionen Mark des innerhalb eines Kalendervierteljahres vereinnahmten Entgelts auf 1 %, von den nächsten zehn Millionen Mark des innerhalb eines Kalendervierteljahres vereinnahmten Entgelts auf 1½ %, von den darüber hinausgehenden Beträgen auf 2 %. Diese Vorschriften treten mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab in Kraft."

Der Vermögensanspruch des Herzogs von Braunschweig.

Im Landgericht in Braunschweig wurde in der Klagesache des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg gegen den Braunschweigischen Staat die Entscheidung gefällt. Der braunschweigische Staat wird verurteilt, zu Händen der Vermögensverwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg in Wien ein Verzeichnis des Bestandes der zum ehemaligen herzoglichen Hofstaat gehörigen Mobilien vorzulegen, sowie über den Verbleib aller seit dem 18. November 1918 veräußerten oder entfernten Mobilien mehrerer Schlösser Auskunft zu erteilen. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar nach einer Sicherheitsleistung von 5 Millionen Mark durch den Herzog von Braunschweig-Lüneburg.

Belgien.

× **Rücktritt der Regierung.** Da der belgische Senat den Gesetzesantrag über die Wiederverflamung der Universität Gent abgelehnt hat, beschloß das Kabinett einstimmig, dem König seine Gesamtdemission einzureichen. Der König hat das Gesuch angenommen und Theunis beauftragt, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Es erscheint bereits sicher, daß die Lösung der Krise sehr schwer sein wird, weil man vorläufig noch nicht erkennen kann, auf welcher Basis eine neue liberal-klerikale Koalition zustandekommen könnte. Auf die Reparationspolitik wird der Kabinettswechsel wahrscheinlich keinen Einfluß haben.

Bulgarien.

× **Stambulinski gefangen?** Wie die Bulgarische Telegraphenagentur meldet, ist Stambulinski im Dorfe Golak bei Slavovitza gefangen genommen worden. Die Regierung hatte Befehl erteilt, den Gesuchten lebend zu verhaften. Bei den verhafteten Führern der Agrarier fand man Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die meisten politischen Verbrechen der letzten drei Jahre von der politischen Polizei begangen wurden. So auch die Ermordung des bulgarischen Gesandten in Stockholm und Bern, Alexander Grecoff, während der Kriegszeit. Außerdem soll die politische Polizei Verbrecher freigelassen haben, wenn diese sich verpflichteten, Mordtaten an gewissen Persönlichkeiten zu begehen. Weiter verlautet, daß Stambulinski selbst einen Staatsstreich plante, so daß man ihm also zuvorgekommen ist. Von anderer Seite verlautet, daß es sich nicht um Stambulinski selbst, sondern um seinen Bruder Basili handeln soll.

Aus In- und Ausland.

Wien. Der ehemalige österreich-ungarische Finanzminister Bilinski ist an Herzschwäche gestorben.

Paris. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein ist aus Paris in der Richtung nach Straßburg—Kehl abgeschoben worden.

Deutscher Reichstag.

(366. Sitzung.) CB. Berlin, 15. Juni.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz über die

Altrentner, die Kriegspersonenschäden und das Offiziers-pensionsgesetz.

Dazu beantragten die Kommunisten, daß die Versorgungsgebühren der Kriegsopfer sofort um das Siebenfache der Märzbezüge erhöht werden sollten. Die Kommission hat über die Regierungsvorlage hinaus die Bezüge wesentlich erhöht.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Dadurch würden frühere Härten ausgeglichen und die Renten der Geldentwertung angepaßt. Die wesentlichste Neuerung sei die Anpassung der Teuerungszulagen für die Rentner an die Zulagen der noch im Dienst befindlichen Beamten. Rentenkürzungen sollten nur dann eintreten, wenn das Einkommen des Sozialrentners aus öffentlichen Mitteln eine bestimmte Grenze übersteigt. Das Privateinkommen soll nicht zu Rentenkürzungen führen. Die neuen höheren Bezüge sollen den Kriegsopfern so schnell wie möglich zugeführt werden.

Abg. **Körsten** (Soz.) verlangt Änderungen der Ausschußbeschlüsse. Die Sozialdemokratie könne sich nicht mit der einmaligen Abfindung der Kriegsbeschädigten zufrieden geben, da die Renten zu gering seien.

Abg. **Hofmann** (Zentr.): Heute seien die Abfindungen für alle Rentner zu gering. Bei seiner Partei sei keine Übereinstimmung darüber, ob man das Gesetz in zweiter Lesung annehmen könne oder ob es besser sei, es an den Ausschuß zurückzuverweisen.

Die Redner der Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und der Demokraten treten für möglichst baldige Fertigstellung des Gesetzes ein, da die Not dringend sei.

Preußischer Landtag.

(255. Sitzung.) tt. Berlin, 15. Juni.

Zu Beginn der Sitzung nahm das Haus bei den verschiedenen Abstimmungen zum Haushalt einen Antrag der Sozialdemokraten an, der das Staatsministerium ersucht, dem Landtag baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mitteilungen zu machen über das Ergebnis der von dem Staatsministerium durchgeführten Nachprüfung der

Eigentumsverhältnisse am Hohenzollernvermögen,

im besonderen über Entstehung, Wert und Erträgnisse des streitigen Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenzollernhauses gelangten Vermögenswerte und Zahlungen, sowie über die dem Staate aus dem jetzigen Zustande erwachsenen Verwaltungskosten. Der Antrag wurde mit 149 gegen 138 Stimmen angenommen. Für ihn stimmte auch der linke Flügel des Zentrums. Dagegen wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der die Behörden ersucht, bei allen Bauausschreibungen auch die gemeinnützigen sozialen Baubetriebe zum Wettbewerb heranzuziehen.

Nach dem Etat des Finanzministeriums werden noch erledigt die Etats der Staatsschuldenverwaltung und des Landtags.

Bei dem Landtagsetat werden von kommunistischer Seite starke Angriffe gegen den Präsidenten Leinert gerichtet und dessen Absetzung verlangt. Alle kommunistischen Anträge werden abgelehnt. Dann setzt das Haus die Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern fort und vertagt sich dann auf morgen.

Sind wir bankerott?

Von besonderer Seite wird uns zu der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation Deutschlands, die so viele unter uns mit bangen Sorgen erfüllt, geschrieben:

Vor zwei, drei Jahren sahen wir Deutsche, so weit wir uns über die Wirkungen des Versailler Vertrages keine Rechenschaft ablegten, mit einer gewissen Überlegenheit, in die sich ein leichtes Mitleid mischte, auf Österreichs Währung hinab. Damals, als die Krone zu einem wertlosen Papierfetzen geworden war und ganz Wien nur in Dollar, Pfund und Lira rechnete. Als die ganze österreichische Finanzwirtschaft ein papierenes Schloß war, das täglich vom Sturm der Wirklichkeit über den Haufen geblasen wurde. Als man auf den auswärtigen Märkten selbst für Waggonladungen voll Kronen keinen Dollar, kein Pfund, kaum eine Lira kaufen konnte. Österreich war bankerott. Ist's Deutschland auch, weil der Dollar die Spitze der 100 000 erklettert hat?

Ein Geschäft oder ein Betrieb ist nicht dann bankerott, wirklich bankerott, wenn es zu wenig Betriebskapital hat, sondern nur dann, wenn sein Vermögen, also seine Rohstoffe, seine Maschinen usw., verkauft sind, andern gehören. Niemals aber kann man einen Betrieb als bankerott bezeichnen, der, wie das Deutsche Reich — trotz des Versailler Vertrages — noch immer über ganz außerordentlich große Besitztümer verfügen kann. Zu Milliarden betragen die Tonnen Kohle, die noch im Schoße Deutschlands ruhen, Milliarden Tonnen von Kali liegen noch im mitteldeutschen Revier. Gewaltig sind die Wälder Deutschlands usw. Bankerott ist auch ein Betrieb dann noch nicht, wenn man das Vertrauen zu ihm hat, daß er arbeiten will, daß er die Rohstoffe, die man ihm zur Verfügung stellt, durch den Mehrwert der deutschen Arbeit zu höherwertigen Gütern umgestaltet. Vermögen und Arbeit, besser gesagt Arbeitswille — das sind die beiden Säulen, auf denen der deutsche Kredit beruht. Spinnen wir das Gleichnis mit Österreich fort! Österreich hat keine Kohlenschätze, hat von der Natur nur wenig

Güter erhalten, und der Arbeitswille war tief gesunken unter dem Einfluß innerpolitischer Zerrissenheit; demgegenüber standen Millionen, die essen, verdienen, aber nicht arbeiten wollten. Österreich war also bankerott und lebt von den Almosen der Welt, kann aus dem tatsächlichen Bankerott also erst dann herauskommen, wenn es durch Arbeitswillen die Schätze hebt, die beispielsweise in Gestalt der weißen Kohle, also in der Möglichkeit elektrischer Kraftzeugung, dem armen Lande gegeben sind.

Vermögen und Arbeitswille und Arbeitsmöglichkeit eines Volkes — das sind die wirklichen Kreditposten in seiner Wirtschaft. Nicht die Währung. Wir vergessen immer und immer wieder, daß das Geld nur Mittel zum Warenaustausch ist, nicht Selbstzweck. Und daß der Preis einer Ware bestimmt wird durch Angebot und Nachfrage; bei dem Rückgang der Erzeugung, wie jetzt hauptsächlich bei uns, durch das Angebot. Geld hat nur Eigenwert, wenn es selbst Ware ist; darum eignete sich das Gold am besten zur Währung. Letzten Endes ist es daher vollkommen gleichgültig, ob auf den Zetteln, die wir Papier nennen, 1000 oder 10 000 oder 100 000 steht. Es kommt nur auf die Ware an, die wir dafür erhalten; das Geld ist nichts als der Ausdruck für die Arbeit, die wir geleistet haben.

Wie „papieren" das ganze deutsche Währungsgebäude ist, wie wenig es den wirklichen Reichtum oder die wirkliche Armut Deutschlands zum Ausdruck bringt, kann man z. B. schon daraus ersehen, daß den über zehn Billionen Papiermark, die wir ausgegeben haben, das Reichsbankgold im Betrage von rund 700 Millionen — abgesehen von den ausländischen Depots — gegenübersteht. Und diese 700 Millionen bedeuten in Papiermark, zu einem Dollarkurs von 100 000 umgerechnet, allein schon die Summe von 7,5 Billionen. Die Reichsbank verfügt aber außerdem noch über einen nicht unbeträchtlichen Devisenschatz, so daß es theoretisch möglich wäre, das gesamte Papiergeld durch die Reichsbank aufzukaufen. Praktisch natürlich nicht, da sich dann die Werte sofort wieder verschieben würden.

Und welche Riesenwerte beispielsweise in der Reichseisenbahn liegen, kann man daraus ersehen, daß allein die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung, die nur drei Fünftel der jetzigen Reichseisenbahn ausmachte, im Jahre 1913 einen Überschuß von 350 Millionen Mark gehabt hat. Also 5 Billionen Papier!

Das sind Schätze, die freilich ebensowenig etwas „wert" sind wie dem Schiffbrüchigen auf einsamer Insel ein Goldklumpen nützt, — wenn nicht die Arbeit diese Schätze hebt und sie zu Gütern des Verbrauchs umgestaltet. Dazu kommt aber noch ein anderes. Wir sind ein Volk geworden, das wohl die Hälfte seines Vermögens eingebüßt hat, das aber nicht bloß über die andere Hälfte dieses Vermögens zu verfügen hat, sondern auch noch über den Arbeitswillen. Freilich ist es notwendig, sich dem anzupassen, daß wir um so viel ärmer geworden sind, daß die Ansprüche, die man an das Leben stellte, eingeschränkt werden müssen, daß man nur vom Ertrag der Arbeit lebt und nicht leichsinnig das Vermögen angreift. Es ist so oft daran erinnert worden, daß Preußen sich von 1807 bis 1813 groß gehungert hat. Die Erkenntnis, daß diese Forderung jetzt in noch stärkerem Maße gilt, ist leider in vielen Kreisen noch nicht durchgedrungen. Das hat aber seine schweren politischen Gefahren gerade im jetzigen Augenblick. Lassen wir uns durch das Zahlenmeer der Inflation den Blick für die wirtschaftlichen Wirklichkeiten rauben, so begeben wir uns auch der inneren Widerstandskraft, die jetzt, wo infolge der englisch-französischen Spannung die Möglichkeit einer außenpolitischen Besserung am fernen Horizont aufzudämmern scheint, mehr nötig ist als je zuvor. Ganz Deutschland wird damit in die Notwendigkeit eines passiven Widerstandes gestellt, der aber nach der aktiven Seite hin ergänzt werden muß durch Werte schaffende Arbeit. Diesen Widerstand gegen Frankreich, doch darüber hinaus die ganze Lebenskraft des deutschen Volkes, hat England als Posten in seine politische Rechnung eingestellt. Lassen wir uns diese Lebenskraft durch die papierene Waährungsflut zerbrechen, dann werden wir als wertloser Posten ausgestrichen werden.

Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

Das Frage- und Antwortspiel.

„Deutschland an der Gurgel gepackt."

Auf den Fragebogen Lord Curzons über die Vorbedingungen für alliierte Beratungen in der Reparationsfrage hat Poincaré eine Antwort entworfen und nach Brüssel gesandt. Poincaré hat darin folgende Forderungen aufgestellt:

Alle Verordnungen, die seit dem 11. Januar über den passiven Widerstand von der deutschen Regierung erlassen wurden, müssen wieder aufgehoben werden; allgemeine Amnestie für alle Deutschen, die von den deutschen Gerichten verurteilt worden sind, weil diese sich den Beschlüssen der Rheinlandkommission oder der Besatzungsbehörden unterworfen haben.

Poincaré verlangt ferner Wiederaufnahme der Arbeit durch die deutschen Eisenbahner. Das Verbot müsse aufgehoben werden, mit den deutschen Firmen Handel zu treiben, die die alliierten Reglements beachten. Über die Maßnahmen, die nach Einstellung des passiven Widerstandes in Frage kämen, erklärt Poincaré, daß Frankreich auf Bezahlung von 26 Milliarden Goldmark bestehe, daß des ferneren die Sachleistungen und Kohlenlieferungen von neuem festgesetzt werden müssen. Die Ausfuhrzölle in Höhe von 26 % für die Reparationskasse müssen in Gold erhoben werden. Die französisch-belgische Eisenbahnregie wäre sofort in eine interalliierte Regie umzuwandeln. Der „Matin" erklärt übrigens, Deutschland sei jetzt an der Gurgel gepackt, und man könne es schon röcheln hören. Niemand in der Welt werde Frankreich davon abbringen, Deutschland festzuhalten. Deutschland müsse nachgeben oder unterliegen.

Die englische Meinung

stimmt mit der Meinung des „Matin" durchaus nicht überein. Die „Daily News" erklären, wenn in Frankreich eine Hoffnung bestünde, die englische Regierung könnte dazu gebracht werden, Deutschland die bedingungslose Aufgabe des Widerstandes anzuraten, so würde diese Hoffnung schwer enttäuscht werden. In Londoner politischen Kreisen verlautete ferner, daß die englische Regierung versuchen werde, von der deutschen Regierung einige ergänzende Angaben zur deutschen Denkschrift zu erhalten, um festzustellen, welche Konzessionen die deutsche Regierung für die Preisgabe des passiven Widerstandes fordere.

Vollständige Verkehrssperre.

Neue Bahnhofs-Besetzungen.

Am Freitag früh sind die Franzosen dazu übergegangen, das mittlere Industriegebiet noch mehr vom Verkehr nach dem unbesetzten Deutschland abzuschnüren. Es wurden, von Dortmund angefangen, der Bahnhof Langendreer, der größte Knotenpunkt des Bezirks, die Bahnhöfe in Bochum, Wattenscheidt und Kray-Süd besetzt. Damit ist die letzte Möglichkeit, aus dem Industriegebiet über Dortmund in das unbesetzte Gebiet zu kommen, abgeschnitten.

Durch diese Sperre ist vor allem die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes schwer gefährdet. In Hörde sind die Eisenbahner in den Wartesaal eingesperrt worden, mit der Begründung, daß sie nach der bekannten Verordnung des Generals Degoutte innerhalb 48 Stunden den Dienst wieder aufnehmen müßten, andernfalls hätten sie mit der Ausweisung zu rechnen. Die Franzosen wollen offenbar durch Belagerungszustand, durch Straßen- und Telephonsperre, durch die Stillegung der Verkehrsmittel, durch Ausweisungen und Verhaftungen und alle möglichen Schikanen den passiven Widerstand brechen, das Wirtschaftsleben vollständig zerstören. Kein Mensch denkt aber daran, trotz aller Qualen, diese letzte Waffe aufzugeben.

*

Eine neue Sprengung.

Bei Offenburg wurde ein Schienenstrang im Bahnhof Windschläg von Unbekannten gesprengt. Die Detonation wurde bis Offenburg gehört. Der Bürgermeister von Windschläg wurde von den Franzosen verhaftet, aber später wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach einem von der französischen Besatzungsbehörde bekanntgegebenen Befehl hat der Kommandant des Brückenkopfes Kehl aus Anlaß dieser Sprengung schwere Sanktionen angeordnet.

4–5 Billionen Postdefizit.

Noch die Hälfte ungedeckt.

Der Reichsrat stimmte der Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren zum 1. Juli zu, wonach die Post- und Telegraphengebühren verdreifacht, die Fernsprechgebühren verfünffacht werden. Der Mehrbedarf der Reichspostverwaltung, der durch die letzte Teuerungswelle verursacht wird, beträgt etwa vier bis fünf Billionen, wovon durch die Gebührenerhöhung noch die Hälfte ungedeckt bleibt, so daß mit weiteren Erhöhungen zu rechnen ist.

Die neuen Postgebühren.

Nunmehr sind nach langen Beratungen die neuen Postgebühren, die vom 1. Juli eingeführt werden, festgelegt. Der Fernbrief wird vorläufig 300, der Ortsbrief 120, der Doppelbrief 180 Mark, die Postkarte im Ortsverkehr 60 Mark, im Fernverkehr 120 Mark, die Drucksache bis 25 Gramm 60 Mark, über 25 bis 50 Gramm 120 Mark, über 50 bis 100 Gramm 180 Mark kosten. Das leichteste Paket in der Nahzone wird mit 900 Mark, in der Fernzone mit 1800 Mark, Pakete von 3 bis 5 Kilo mit 1500 bzw. mit 3000 Mark berechnet werden. Die Postanweisung bis 1000 Mark ist mit 180 Mark zu frankieren, die Zahlkarte über diesen Betrag mit 60 Mark. Die Grundgebühr für Telegramme wird auf 480 Mark erhöht, jedes Wort kostet 240 Mark. Ein Automatengespräch stellt sich auf 300 Mark, das Gespräch von einer Teilnehmerstelle aus auf 150 Mark.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 18. Juni 1923.

□ **Zur Wetterlage.** Obwohl uns nur noch wenige Tage von dem astronomischen Sommersanfang trennen, ist das Wetter nach wie vor sehr wenig sommerlich. Die zweite Juniwoche brachte im größten Teile Deutschlands ganz besonders schlechtes Wetter. Außergewöhnlich scharf ausgeprägte Tiefdruckwirbel hatten weitverbreitete Niederschläge zur Folge, die an der Küste besonders ergiebig waren. Die Temperaturen blieben dementsprechend ganz bedeutend hinter den Normalwerten zurück. Im Durchschnitt lagen sie etwa 5 bis 7 Grad zu tief. Vom Erzgebirge wurde sogar leichter Frost gemeldet. In Berlin betrug die Durchschnittstemperatur am 14. Juni 10,2 Grad gegenüber einem Normalwert von 17,0 Grad. Eine Änderung der Wetterlage ist auch für die nächsten Tage noch nicht zu erwarten. In Nord- und Mitteldeutschland ist also auch weiterhin mit unbeständiger Witterung und verbreiteten Niederschlägen zu rechnen, während in Süd- und Südwestdeutschland das Wetter etwas besser bleiben dürfte.

□ **Nachnahmesendungen.** Ein großer Teil der den Nachnahmesendungen vom Absender beizufügenden Postanweisungen oder Zahlkarten lautet über unrichtige Beträge, wodurch die ordnungsmäßige Abwicklung erheblich beeinträchtigt wird. Um unliebsame Weiterungen und Verzögerungen in der Bearbeitung der Sendungen zu vermeiden, liegt es im eigenen Interesse der Absender, auf die richtige Ausfertigung zu achten. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß auf Postanweisungen und Zahlkarten von dem einzuziehenden Nachnahmebetrag die Postanweisungs- oder Zahlkartengebühr und die Einziehungsgebühr von 1 Mark von jedem angefangenen Tausend des einzuziehenden Betrages in Abzug zu bringen ist.

□ **Neue Paketsperre.** Wegen Paketstockung in Köln werden vorübergehend keine Postpakete nach dem ganzen linksrheinischen Teil der Rheinprovinz, nach Rheinhessen, sowie nach den besetzten rechtsrheinischen Gebietsteilen der Oberpostdirektionsbezirke Koblenz und Frankfurt a. M. angenommen. Von der Sperre sind ausgenommen Köln mit Vororten, Bonn, Brühl (Bezirk Köln), Buir (Bezirk Köln) und Euskirchen.

= **Halver,** 16. Juni. Morgen ist der 100. Geburtstag des früheren Pastors Heinrich Koetter hierselbst. Derselbe wurde am 17. Juni 1823 als Sohn des Lehrers Franz Koetter zu Froemern bei Unna im Kreise Hamm geboren. Nachdem er seine theologischen Studien beendet, und auch die vorgeschriebenen Examen abgelegt hatte, wurde er im Jahre 1848, nachdem er soeben das volljährige Alter erreicht hatte, zum Pfarrer hierselbst gewählt. Unter ihm wurde das untere Pastorat gebaut. Vorehr wohnte er bei dem Arzt Dr. Jellinghaus, in dem von demselben erbauten Hause. Es ist dasselbe, in dem sich jetzt die Bäckerei und Konditorei, sowie das Café Weyland befinden. 30 Jahre hat er in hiesiger Gemeinde gewirkt. Am 4. Juli des Jahres 1878 wollte er einen Jugend- und Studienfreund, den Pfarrer und Kreisschulinspektor Fritz Rottmann in Lüdenscheid besuchen. Vor dessen Hause traf ihn ein Herzschlag, der seinem Leben ein sofortiges Ziel setzte. Am 8. Juli wurde er unter sehr zahlreicher Beteiligung zur letzten Ruhe bestattet. Sein Andenken lebt noch in unserer Gemeinde fort, in

Harte Menschen

Roman von **Alexander Römer.**

15) Nachdruck verboten

Ja, Lieschen war glücklich. Sie versicherte es jedesmal den Eltern, wenn sie sie sah. Oft war das freilich nicht der Fall. Papa Pusecker hatte sich nie mit dieser Heirat aussöhnen können, und das Leben, was die jungen Leute führten, gefiel ihm erst recht nicht. Er hielt sich davon fern und seine Frau paßte auch nicht hinein. Die bewunderte mitunter ihrer Tochter Toilette, ging hin, um sie im Putz zu sehen, wenn sie zu ihren Diners oder Bällen fuhr, und stand staunend vor den Schränken mit der luxuriösen Garderobe. Mit glänzenden Augen erzählte sie dann ihrem Manne, wie schön Lieschen gewesen sei, wie sie wie eine wirkliche Prinzessin ausgesehen habe.

Ihr Alter brummte nur dazu: „Wollen's Ende abwarten — wenn's Jammern nur nicht nachkommt nach all dem Saus und Braus."

Herr Eckhoff war sehr stolz auf seine schöne Frau. Sie verstand es so famos, sich ein Air zu geben, daher hatte sich ihr Umgang auch in sehr exklusiven Kreisen verbreitet. Er mit seinem unverwüstlichen Humor, seiner harmlosen Lustigkeit und seinem offenen, ehrlichen Wesen war auch allgemein beliebt. Man amüsierte sich bei ihnen und man aß da auch sehr gut.

War Lieschen Eckhoff wirklich glücklich? Sie redete es sich selber eifrig ein. Mit ihrem Manne war gut auszukommen, er respektierte sie, ja er liebte sie auch wirklich. Sie — nun, sie war von jeher kühler gewesen — wie wenige Mädchen mochten zur Vereinigung mit ihrer ersten Liebe kommen. Sie hatte lange in dem Punkt überwunden. Sie ließ ihrem Manne seine Freiheit und sie wahrte sich die ihre. Er war leichtlebig, sie wußte es, — vielleicht ging er sogar einmal heimliche Wege, sie regte sich nicht darum auf. Er machte oft unter ihren Augen schönen Damen auffällig die Cour, es ließ sie völlig gleichgültig. Vielleicht war das gerade der Weg, um ihn allemal rasch zu ihr zurückzuführen, periodisch kannte seine Liebe für sie dann keine Grenzen, und er suchte ihr das durch große Zärtlichkeit und kostbare Geschenke darzutun.

Um das Geschäftliche kümmerte sie sich gar nicht. Er versicherte ja, daß alles brillant ginge, seine Kundschaft, Stock hatte die Mama ihr Zimmer. Sie hatte sich von ihrem Sohn nicht trennen wollen, sie war auch seine Ratgeberin geblieben in Geschäftssachen, sie war eingeweiht in alle seine Unternehmungen, sie hatte eine glückliche Hand, wie Hans behauptete.

Lieschen vertrug sich auch mit der Schwiegermutter. Sie mischte sich nicht in die Geheimnisse zwischen Mutter und Sohn, sie war freundlich gegen die Alte, wehrte sich aber gegen jeden Einspruch in ihre hausfraulichen Rechte. Den Schmeicheleien, dem oft katzenartigen Wesen der ihr von jeher unsympathischen Frau setzte sie ihre eigene Gleichgültigkeit entgegen.

Mit Ilse Morbach, die noch immer Ilse Morbach hieß, war sie in Verkehr geblieben. Erich Morbach war bald nach ihrer Verheiratung versetzt worden. Er hatte sein Assessorexamen bestanden und war nach Kassel an das Amtsgericht berufen, nicht nach Berlin, wie er gehofft. Nach Ilses Äußerungen gefiel es ihm dort aber sehr gut.

Lieschens Verkehr mit Ilse war eigener Art. Die junge Frau Eckhoff betrat nie mehr das Morbachsche Haus, was ja auffällig erscheinen mußte, für jeden, der um die inneren Vorgänge nicht wußte. Und Ilse hatte ja von Anfang an sich so gegeben, als ob sie nichts wisse. Dennoch wußte sie so geschickt alle Klippen zu vermeiden, daß man auch Lieschens Heirat, die sie in bestimmte Kreise, in denen Morbachs natürlich nicht verkehrten, führte, für den Grund ihres Fortbleibens aus dem gastlich geöffneten Hause nehmen konnte.

Ilse forderte die junge Frau nie auf, sie zu besuchen, sie aber kam öfter, herzlich, warm und nett wie ehedem. Sie gab sich völlig unbefangen. Und Lieschen nahm diese Art des Verkehrens an, weil es ihr durchaus paßte. Sie wollte Ilse Morbachs Freundschaft nicht missen. Ihr Anblick erweckte ihre schönsten Erinnerungen, ihr Herz hing noch an den Dingen, von denen Ilse ihr sprach, und der Welt gegenüber war es ihr lieb, wenn Ilse die alte Freundschaft festhielt.

Ilse war übrigens während der letzten Jahre viel abwesend gewesen, in Berlin bei Verwandten. Sie hatte sogar in den Zirkeln der Reichshauptstadt Aufsehen erregt, sein Kredit, sein Vermögen stetig wachse. Sie verfügte über uneingeschränkte Mittel und richtete sich demgemäß ein.

Ihre Schwiegermutter wohnte in demselben Hause, unten im Erdgeschoß waren die Kontorräume, der Tresor, die Beletage bewohnte sie und ihr Mann und im zweiten Sollte, wie Fama berichtete, im vorigen Winter dort viel von sich reden gemacht haben. Ihre Schönheit entwickelte sich immer pikanter, man fand sie bestrickend, geistreich. Ein berühmter Maler hatte sie gemalt — als Tochter der Herodias, als Salome — das Bild hatte auf der vorjährigen Kunstausstellung eine kolossale Anziehungskraft ausgeübt. Daneben hatte der Künstler auch ihr Porträt gemalt, in Gesellschaftstoilette, ganz in Weiß. Weiße Perlen um den Hals auf weißem Hintergrund, plastisch hervortretend — ein Virtuosenkunststück von blendendem Effekt, welches bei dessen Ausstellung zur großartigen Reklame für den Maler wurde.

Die „Tochter der Herodias" war auf ihrer Tournee auch hierher gelangt, und die Menge war scharenweise in den Kunsttempel geströmt, nur um das Bild zu sehen. Auch Lieschen. Es überlief sie kalt in einem unerklärlichen Gefühl. Diese Salome mit dem dämonisch berückenden Ausdruck, das grausame Licht in den dunkelblauen Augen — ja, das war Ilse — wie sie mitunter aussehen konnte. Ilse Morbach war eine Sphinx.

Es war im Februar, schon gegen Ende der Saison. Bei Eckhoffs sollte getanzt werden, ein richtiger kleiner Ball heute, mit sechzehn Paaren, nur Jugend war geladen.

Lieschen war sehr von den Vorbereitungen in Anspruch genommen gewesen. Sie hatte allerlei neue originelle Überraschungen für den Kotillon erdacht, den Eßsaal ganz apart dekorieren lassen, und übersah voll Befriedigung den imposanten Eindruck, den das Ganze machte. Hastig begann sie dann ihre Toilette. Weiß heute, einfarbig weiß, mit dem Saphirschmuck von Onkel Müller, das Arrangement ungefähr wie auf dem berühmten Porträt Ilses, das so viel Bewunderung erregt hatte.

Um diese Verherrlichung durch den berühmten Künstler hatte Lieschen Ilse am meisten beneidet.

Ilse wollte übrigens heute abend kommen, sie ließ sich ab und an herbei, bei den Festen im Eckhoffschen Hause zu erscheinen, und bildete dann den Hauptanziehungspunkt. Hans Eckhoff warf sich dann in die Brust und machte es recht auffällig, wie kordial er mit ihr stand. Sie wechselten immer Kalauer, und der kleine gedrungene Mann kam aus dem Lachen nicht heraus. Diese famose Freundin seiner Frau, das war ein Teufelsmädel, ein brillantes Frauenzimmer. Diesmal hatte Lieschen viel Überredungskünste anwenden müssen, um Ilse zu einer Zusage zu bewegen.

Vermischtes.

= **Das souveräne englische Dienstmädchen.** Noch vor wenigen Jahren war jeder dienstbare Geist in England gehalten, sich der strengen Hausordnung zu unterwerfen, die für jede Familie, die etwas auf sich hielt, oberstes Gesetz war. Und dieses Gesetz hatte für die Fälle der Übertretung auch seine Strafbestimmungen. So wurde beispielsweise die Abwesenheit bei der Morgenandacht mit einer Strafe von 2 Pence geahndet, und ebensoviel hatte der Dienstbote zu zahlen, der nach sechs Uhr morgens noch nicht aufgestanden war oder um zehn Uhr abends noch nicht im Bett lag. Eine Buße von 4 Pence traf den, der sich in Gegenwart der Kinder des Hauses ein gemeines Wort entschlüpfen ließ. Eine Hausfrau, die es heute wagen würde, einem Dienstboten derartige Bedingungen aufzuerlegen, würde nicht einmal einer Antwort gewürdigt werden. Bezeichnend für den Geist, von dem heute die englischen Dienstboten beseelt sind, ist der vielbesprochene Fall einer Hausfrau, die beim Engagement ein neues Dienstmädchen darauf aufmerksam machen zu müssen glaubte, daß in ihrem Hause um 8 Uhr das Frühstück serviert werde, worauf das Mädchen gelassen antwortete: „Sehr schön. Da ich aber einen sehr schweren Schlaf habe, können Sie ruhig ohne mich frühstücken, wenn ich einmal zu der festgesetzten Stunde nicht erscheinen sollte."

= **Die Jahresbilanz der indischen Großwildjagd.** Nach dem amtlichen Ausweis über die Jagdergebnisse des Jahres 1921 wurden in Indien über 6000 Leoparden, 3000 Bären, 2000 Wölfe und rund 3000 Tiger, im ganzen rund 25 000 wilde Tiere, abgeschossen. Die Belohnungen, die die Regierung den Jägern zahlte, gehen in die Tausende von Pfund Sterling. Außerdem wurden 60 000 Schlangen zur Strecke gebracht, für die gleichfalls große Beträge als Prämien gezahlt wurden. Aber diese Jagd, bei der nach Ausweis der von der Regierung ausgestellten und aus begreiflichen Gründen scharf kontrollierten Jagdscheine 300 000 Gewehre beteiligt waren, hat auch ihre Opfer gefordert. Mehr als 19 000 Menschen erlagen in dem genannten Jahre dem Biß von Schlangen. Die Ziffer ist um einige hundert geringer als die des vorigen Jahres; dafür ist sie aber bei den Opfern der anderen Bestien um zehn höher als im Jahre 1920 und beträgt insgesamt 3360 Personen. Die Mehrzahl fiel der Wut der Tiger zum Opfer, die 1500 Jäger zerfleischten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Aufforderung zur Ermordung Erhardts.** Vor dem Volksgericht in München hatte sich Dr. Römer wegen Aufforderung zum Mord zu verantworten. Er war angeklagt, im August 1921 den Schriftsteller Kiefer in München ersucht zu haben, den Kapitän a. D. Erhardt und den Major Siebringhaus zu ermorden. Der Zeuge Kiefer verweigerte die Aussage. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Durchstechereien im Gefängnis. Vor einer Berliner Strafkammer kam ein umfangreicher Bestechungsprozeß, bei dem es sich um jahrelange Durchstechereien in der Gefangenenanstalt Plötzensee handelte, zur Verhandlung. Angeklagt waren zwei Gefangenenoberaufseher und 16 frühere und jetzige Insassen des Gefängnisses. Der Hauptangeklagte, Gefangenenoberaufseher Dresp, wurde zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu neun Monaten.

§ **Prozeß Köhn.** Aus Berlin wird berichtet: Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen den Wettkonzerngründer Köhn und Genossen äußerte sich der Hauptangeklagte über seine „Stützungsaktion" für notleidende Wettkonzerne. Es sollte eine Art Schutz- und Trutzbündnis der Wettkonzerne zur Abwendung aller Gefahren, die seitens der Behörden und der Finanzämter drohten, ins Leben gerufen werden. Auf die Frage, warum er auch dann noch Einzahlungen angenommen habe, als er bereits wußte, daß er seine Verbindlichkeiten den Einzahlern gegenüber nicht mehr erfüllen könne, antwortete Köhn ausweichend. Scharfe Angriffe richtete er schließlich gegen die Staatsanwaltschaft und gegen die Finanzämter, die durch ihre schroffen Maßnahmen bei dem Zusammenbruch sein Werk zunichte gemacht hatten. Es wurde schließlich durch einen Sachverständigen festgestellt, daß in den Berliner Bureaus des Konzerns am 15. August 1921 Einzahlungen angenommen wurden, obwohl der Zusammenbruch schon am 1. August erfolgt war.

§ **Folgen der Geldentwertung.** Im Sommer des vorigen Jahres hatte der Besitzer des Hotels „Goldener Adler" in Reichenbach in Schlesien sein Haus dem Finanzamt in Reichenbach für 2½ Millionen Mark angeboten und erklärt, daß er das Angebot bis zum Januar dieses Jahres offenhalte. Im Januar, als das Hotel einen Wert von mindestens 100 Millionen hatte, griff das Finanzamt zu. Der Hotelbesitzer weigerte sich, das Hotel für 2½ Millionen Mark herzugeben. Es kam zum Prozeß. Das Gericht entschied zugunsten des Finanzamtes; gleichzeitig wurde der Hotelbesitzer zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. Die Gerichtskostenrechnung für die erste Instanz wurde dem Hotelbesitzer dieser Tage präsentiert: sie lautet auf 15 Millionen Mark.

Berlin, 16. Juni. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 113500

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Der Provinzialausschuß hat beschlossen, zur Deckung des durch die neuen Rentenzulagen bedingten Mehrbedarfs sofort eine außerordentliche Beitragsumlage in Höhe von 73 260 v. H. der staatlich veranlagten Grundsteuer auszuschreiben. An Beiträgen sind zu entrichten für einen Betrieb bei einer Grundsteuer

bis 0,50 Mk	einschl.	mindestens	600 Mk
von 0,51 Mk.	„ 1,00 Mk	„	1000 Mk
„ 1,01 Mk	„ 2,00 Mk	„	2000 Mk
„ 2,01 Mk	„ 4,00 Mk	„	3000 Mk.
„ 4,01 Mk	„ und mehr	„	4000 Mk

Die Beiträge sind sofort bei der Gemeindehebestelle einzuzahlen, auch wenn dem Zahlungspflichtigen eine besondere Aufforderung nicht zugehen sollte. Zahlungspflichtig für die Beiträge ist der Grundstückseigentümer, der berechtigt ist, sich die Beiträge vom Pächter erstatten zu lassen.

Die Heberollen der Gemeinden Kierspe und Rönsahl liegen von morgen ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten im Amtshaus Zimmer 2 bezw. bei dem Herrn Gemeindevorsteher Müller-Bürhausen aus. Binnen 2 Wochen nach Ablauf der Auslegefrist kann gegen die Beitragsberechnung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Warendorferstr. Nr. 25, Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch entbindet nicht von der Pflicht zur vorläufigen Zahlung des Genossenschaftsbeitrages. Der Zahlzettel ist dem Widerspruche beizufügen.

Kierspe / Rönsahl, den 6. Juni 1923

Der Amtmann: J. V.: Baukhage

Bekanntmachung.

Die **Verzeichnisse des Viehbestandes,** aufgenommen am 1. Juni d. Jrs. in den Gemeinden Kierspe und Rönsahl behufs Erhebung der Abgabe zur Bestreitung der Entschädigungen, die auf Grund des Viehseuchengesetzes zu leisten sind, liegen vom 15. Juni an 14 Tage lang im Amtshaus, Zimmer 8 bezw. beim Gemeindevorsteher Müller in Bürhausen zur Einsicht der Beteiligten offen. Anträge auf Berichtigung dieser Verzeichnisse sind spätestens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Frist im Amtshause, Zimmer 8, anzubringen.

Zufolge Anordnung wird für jedes Pferd usw. Mk. 2000 —, für jedes Stück Rindvieh Mk 1500.— und für jede über 3 Monat alte Ziege Mk 50 — nach dem Stande vom 1. Juni erhoben.

Kierspe, den 10. Juni 1923.

Der Amtmann: J. V.: Baukhage

Bekanntmachung.

In den Gemeinden Kierspe und Rönsahl wurden die **Bullen** nachstehender Landwirte an- bezw. nachgekört:

Gutsverwaltung Haus Rhade, Peter Weirich, Pielenhöhlen, Franz Fischer, Höferhof, Alfr. Berghaus, Belkenscheid, Bengelsträter, Harbecke, Klüppelberg, Benninghausen.

Kierspe, den 11. Juni 1923 **Der Amtmann.**

Julius Weissfeld

Eisen-, Schrott- und Altmetall-Handlung

Hagen i. Westf.

Lager-Büro: Cölnerstr. 2 (Altenhagener Brücke)

Fernspr. 3568, nach Büroschluß 1598

Bohrfutter

Weißkopf,

Maschinengesellsch. m. b. H.

Elberfeld - Turmhof.

Fernsprecher 5206/7.

Alte Bleirohre

u. sonstige Altmetalle

kauft ständig 700

Friedr. Ernst Häusler, Kierspe-Bhf.

Telefon 341, Meinerzhagen

Anzüge

und Schlüpfer

Damen-Konfektion

auf

Teilzahlung

kaufen Sie, wie bekannt, am reellsten und billigsten bei

Schiffeliers

Hagen

Elberfelderstraße 96.

Eingang im Möbelgeschäft.

Ausgezeichnet!



sind die Anstriche mit

SchachtsKarbolineumfarben

= für Scheunen, Zäune, Geschirre etc. =

haltbar, farbenfreudig und dabei

bedeutend billiger als Oelfarben.

Verlangen Sie Angebot und Prospekt.

F. Schacht, chem. Fabrik, Braunschweig.

Vertreter:

Walter Barking, Halver.

— Telefon 286. —

Ankauf von Fabrik-Abfällen in:

Eisen u. Metallen

aller Art,

Lumpen, Knochen,

Papier u. Flaschen

Gustav Bierwas,

Eisen- und Metallhandlung,

Zentrale Radevormwald, Telefon 83.

Filiale:

Halver, Berlinerstrasse 7

(bei Eugen Wellershaus).

Drillmaschinen, Düngerstreuer, Wannemühlen

„Amazone"

und

Breitdreschmaschinen

sofort lieferbar

Wilh. Vogelbruch,

Halver

— Fernsprecher 188. —

Die hervorragendsten Instrumente u. Künstlerplatten

„Grammophon"

unübertroffene Weltmarke

Spezialvertr.

Roth & Junius,

Hagen i. W., Bahnhofst. 29



Bin unter

Nr. 91

an das Fernsprechamt Meinerzhagen angeschlossen.

Hugo Dörscheln, Kierspe,

Schlosserei und Maschinen-Handlung.

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen
Straßenbesen

empfiehlt

Wilh. Bell jr.

Halver.

Für Wiederverkäufer

beste und billigste Einkaufsquelle

BOZETTI

Fernruf 3879 — Fernruf 3879

Hagen i. W., Obere Wasserstr. 1, am Unterberg

Achtung! Zigarren Billig!

Anerkannt preiswerte Qualitäten!

Sonder-Angebot in 583

Zigaretten erster Firmen

Ia. Nordhäuser-Kautabak

Eigenes Steuerlager. Lagerbesuch lohnt.

Wenn Sie billig

und doch gut

Oberbetten

kaufen wollen,

so gehen Sie zum 731

größten und billigsten Spezial-Bettengeschäft

Bettenhaus Kaiser

Hagen i. W. Kampstr. 4.



Gerner & Co.

Hagen-Westf.

Elberfelderstraße 80 · Fernsprecher 3580

Tabak

empfiehlt

Fr. H. Bohmer,

Schalksmühle

Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Zu haben bei: [2163]

Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver.